

## Wahlprüfstein BAGSV

Ihre Frage	Unsere Antwort
Scheinselbstständigkeit: Rechtssicherheit herstellen	
(Schein-)Selbstständigkeit: Wie werden Sie Rechtssicherheit in Bezug auf die Statusfeststellung herstellen, um u.a. die weitere Verlagerung von Projekten ins Ausland zu verhindern – in Hinblick auf Kriterien, Verfahren, Sanktionen und Beseitigung von Interessenkonflikten bei der DRV?	Wir wollen, dass der Arbeitnehmerstatus einfacher geklärt werden kann. Dazu gehört auch, die Rechte der Betriebsräte beim Einsatz von „Fremdpersonal“ im Arbeitsprozess weiter zu stärken.
Bestandsselbstständige von Altersvorsorgepflicht ausnehmen	
Altersvorsorgepflicht: Wie verhindern Sie, dass die große Mehrzahl der Selbstständigen, die vorgesorgt haben und dafür oft laufende Verpflichtungen (z.B. Rentenversicherungen, Immobilienfinanzierungen) eingingen, doppelt belastet bzw. mit enormer Bürokratie / Rechtsunsicherheit konfrontiert werden?	Ehemals Selbständige sind im Alter überproportional bedürftig. Deswegen wollen wir den sozialen Schutz von Selbständigen, die bisher in keinem Alterssicherungssystem abgesichert sind, verbessern. Dazu bringen wir für sie eine gründerfreundlich ausgestaltete Altersvorsorge in der gesetzlichen Rentenversicherung auf den Weg. Perspektivisch wollen wir eine Erwerbstätigenversicherung. Diese wird nicht von einem Tag auf den anderen eingeführt. Es wird auch nicht zielführend sein, die Personen, die anderweitig auf dem Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung abgesichert sind und kurz vor der Rente stehen, in das neue System vollständig einzubinden. Die Übergangszeiten werden doppelte Belastungen verhindern und Rechtssicherheit herstellen.
Pandemien: Bei Tätigkeitsverboten müssen Lebenshaltungskosten abgedeckt werden	
Infektionsschutzgesetz: Wann und wie wollen Sie sicherstellen, dass bei	Wir werden Solo-Selbständige besser absichern, deren Geschäftsmodell sie grundsätzlich trägt,

<p>künftigen Pandemien Selbstständige im Fall von Betätigungsverboten angemessen entschädigt werden? Wie sollen die Entschädigungen bemessen werden? Wie wollen Sie insbesondere auch die Lebenshaltungskosten berücksichtigen?</p>	<p>bei denen jedoch unvorhersehbare erhebliche Einnahmeausfälle, etwa durch den kurzfristigen Wegfall von Auftraggebern, zu Notlagen führt. Mit einem Sicherungsgeld schaffen wir einen neuen Weg der solidarischen Absicherung durch die Bundesagentur für Arbeit für Selbstständige in Notlagen, die über branchen- und saisonübliche Schwankungen hinausgehen. Das Sicherungsgeld soll mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung vergleichbar sein.</p>
<p>Grundrente: Wenn wir mitzahlen, wollen wir auch mitprofitieren</p>	
<p>Die Grundrente setzt langjährige DRV-Beiträge voraus. Selbstständige, die ein Leben lang hart gearbeitet, aufgrund vorgegebener Rahmenbedingungen aber privat vorgesorgt haben, werden von der aus Steuergeldern finanzierten Subvention ausgeschlossen. Wie werden Sie diese Ungleichbehandlung beseitigen?</p>	<p>Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass wir die Grundrente gegen viele Widerstände als wesentliche Leistung der gesetzlichen Rente etabliert haben. Die Grundrente ist allerdings keine neue Rentenart. Sie regelt einen Zuschlag an Entgeltpunkten für langjährig Versicherte, die trotz langer Beitragszeiten von mindestens 33 Jahren aufgrund ihrer niedrigen Einkommen eine sehr kleine Rente haben. Das gesetzliche Rentensystem ermöglicht schon jetzt eine freiwillige Mitgliedschaft. Zukünftig wollen wir jedoch das aktuelle System zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen. Mit der Einführung der Erwerbstätigenversicherung wird die Grundrente automatisch auch allen Selbstständigen zustehen. Das Ziel ist aber die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt so zu gestalten, dass aufgrund eines soliden Einkommens die zukünftigen Renten in einer Höhe erarbeitet werden können, in der sie nicht bezuschusst werden müssen.</p>
<p>Bedingungsloses Grundeinkommen</p>	
<p>Werden Sie sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) einsetzen? Wenn ja: In welcher Höhe und mit welchen Modifikationen? Wie wollen Sie es finanzieren? Falls nein: Aus welchen Gründen nicht? Welche Ihrer</p>	<p>Deutschland ist und bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Durch den technologischen Wandel wird uns die Arbeit nicht ausgehen. Sie wird sich nur stark und immer schneller verändern. Unsere Antwort darauf ist das „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um</p>

<p>Forderungen kommen einem BGE am nächsten?</p>	<p>jeden Einzelnen zu kümmern und jedem Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen – statt sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen von dieser Verantwortung freizukaufen. Wir teilen das Anliegen, Einkommenssicherheit im Lebensverlauf und mehr Zeitsouveränität zu schaffen. Doch wir halten das bedingungslose Grundeinkommen für falsch. Denn es wird den Bedürfnissen der meisten nicht gerecht.</p>
<p>Hartz IV funktioniert nicht für Selbstständige - Reform nötig</p>	
<p>In der Coronakrise hat sich u.E. gezeigt, dass die Grundsicherung trotz "Vereinfachungen" nicht geeignet ist, Selbstständige wirksam zu unterstützen. Welche konkreten Veränderungen werden Sie vornehmen, von denen auch Selbstständige profitieren?</p>	<p>Wir werden ein Sicherungsgeld einführen – eine Leistung der Agentur für Arbeit, die solidarisch finanziert wird und eine über branchen- und saisonübliche Schwankungen hinausgehende Absicherung für Selbstständige in Notlagen anbietet. Das Sicherungsgeld soll mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung vergleichbar sein.</p>
<p>Einführung einer Bürgerversicherung / Abschaffung PKVs</p>	
<p>Sind Sie für die Einführung einer Bürgerversicherung bzw. warum nicht? Welches Ihrer Konzepte kommt ihr am Nächsten? Welche Risiken wären abgesichert? Wie würden sich für Selbstständige Beiträge und Leistungen verändern? Welche Konsequenzen hätte dies für bislang privat Versichernde/Vorsorgende?</p>	<p>Wir werden eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang für alle zur medizinischen Versorgung, eine solidarische Finanzierung und eine hohe Qualität der medizinischen und pflegerischen Leistungen. Alle erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten wollen wir automatisch in die Bürgerversicherung aufnehmen. Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Die bestehenden privaten Versicherungsverträge werden selbstverständlich einen Bestandsschutz haben. Es werden allerdings keine neu Privatversicherten nach dem bisherigen Versicherungsrecht hinzukommen. Die privaten Krankenversicherungsunternehmen werden die Möglichkeit haben, Bürgerversicherungstarife mit stabilen und solidarischen Beiträgen anzubieten.</p>

<p>Plattformarbeit: Abgrenzung von freiwilliger Selbstständigkeit</p>	
<p>Plattformarbeit: Welche Regulierungen planen Sie und wie verhindern Sie, dass davon auch fair bezahlte, freiwillig Selbstständige belastet werden? Wie genau grenzen Sie Plattformarbeit ab? Gehören z.B. auch IT-Selbstständige zu den Plattformarbeitern?</p>	<p>Mit der Digitalisierung wird Arbeit immer häufiger ortsunabhängig erledigt oder über Plattformen organisiert. Auch hier müssen die Rechte der Arbeitnehmer*innen unvermindert gültig und wirksam sein. Gewerkschaften sollen ein digitales Zugangsrecht auch zum „virtuellen“ Betrieb erhalten. Beschäftigte auf Plattformen sollen sich zusammenschließen können, um gemeinsam grundlegende Bedingungen ihrer Tätigkeit mit den Plattformen aushandeln zu können. Wir wollen, dass der Arbeitnehmerstatus einfacher geklärt werden kann.</p>